

GLOBALISIERUNG UND REGIONALISTISCHE IDENTITÄT

Alex DEMIROVIC

1.

Selbstbehauptung stellt ein zwanghaftes Verhältnis zum eigenen Selbst dar, ein Verhältnis zweiter Natur. Verwendet man den Begriff nicht allzu beliebig, so meint Selbstbehauptung, daß ein Subjekt oder ein Kollektiv sich in seiner Existenz bedroht und der Notwendigkeit ausgeliefert fühlt, seine Interessen, seine Rechte, seine Lebensform gegen solche zu verteidigen, von denen es glaubt, sie wollten das alles bedrohen. In dieser Konstellation entdeckt das Subjekt eine Identität, von der es annehmen muß, sie sei die seinige und bedroht. Im Prozeß der Selbstbehauptung – ein Vorgang analog dem der Naturbeherrschung – verhärtet es sich immer mehr. Die Identität wird zunehmend zu der eines Selbst, das sich behaupten muß, sich selbst also Kontinuität gibt, von anderen abgrenzt und ihnen gegenüber durchsetzt. Das aber verändert mit der schleichen- den Wirkung eines Giftes die Identität selbst. Denn die sich vielleicht bloß verteidigende Identität wird zu einer Bedrohung für andere, die nun ihrerseits beginnen müssen, sich zu behaupten. In einer solchen Konstel- lation wird am Ende niemand mehr wissen, wer Täter und wer Opfer ist. Die Identitätsbildung beider Seiten verläuft in hohem Maße projektiv. Vielleicht läßt sich sogar sagen, daß sie a priori mißlingen wird, denn immer bildet sich das Selbst nur durch die projektive Externalisierung aggressiver Eigenanteile.

Eine solche Selbstbehauptung braucht den als feindselig oder exi- stenzbedrohend unterstellten Anderen, um zu dem Selbst zu gelangen, das sich nach außen entschieden abschließt, um bei sich selbst zu sein und so zu erscheinen, als sei es von eherner Beständigkeit wie eine Naturtatsache. Aufgrund der Selbstbezüglichkeit des Selbst der Selbstbe- hauptung handelt es sich um eine Reflexionsfigur, die an keinen besonde- ren Inhalt gebunden ist. Die Entschiedenheit, das Selbst zu behaupten, ist paradox, weil es dieses Selbst erst durch den Reflexionsprozeß gibt, in dem der Andere immer schon präsent ist, gegen den die Behauptung ausgeübt wird. In sich wird das Selbst also gespalten und feindselig sein. Die Frage also, wer dieses Selbst ist, das hier in eine Konstellation des Kampfes um Anerkennung gedrängt und damit zur agonistischen Iden- titätsbildung genötigt wird, bleibt strukturell offen, auch wenn es zum

Prozeß der Bildung dieses Selbst gehört, sich als immer schon abgeschlossen zu imaginieren. In den vergangenen Jahren war ein zentraler Gegenstand kritischer Aufmerksamkeit die Bildung rassistischer Muster der Identitätsbildung. Eng damit verbunden ist das Muster nationaler Selbstbehauptung, der Nationalismus. Kritische Analysen lassen erkennen, daß nationalistische Muster der Selbstbehauptung auf den Nationalstaat hin zentriert sind. Der Vergleich der verschiedenen Nationalstaaten Ostasiens läßt erkennen, daß es sehr ähnliche institutionelle Mechanismen gibt, mit denen die Logik der Selbstbehauptung den gesellschaftlichen Prozeß durchdringt. Es wird eine nationale Geschichte beschworen und konstruiert, in der die eigene Nation als außergewöhnlich und einmalig dargestellt wird. Die Geschichtsschreibung selbst wird zu einem Projekt, lange Kontinuitäten herzustellen und nationale Überlegenheit über andere zu behaupten. Es werden Stolz, Eigenständigkeit und Ehrgeiz genährt – gegenüber der Vergangenheit der kolonialistischen Durchdringung der ostasiatischen Gesellschaften ist dies vielleicht notwendig, und doch scheint der Preis dafür hoch zu sein. In den Sog der nationalen Selbstbehauptung geraten die Technologieentwicklung, die Schrift und Sprache, die Maltechniken, die in Schulbüchern verbreiteten Versionen der nationalen Geschichte, die Werbung, die politische Mythologie der Gründung des Staatswesens, die Philosophie und die religiösen Praktiken, die öffentlich geführten Diskussionen, die Denkmäler und geographischen Koordinaten wie West und Ost, die Zurechnung zu einem geographischen Raum, sei es die des Nationalstaats oder der Region. Das findet sich vielfach auch in den „westlichen“ Gesellschaften Europas und der USA. Der Nationalismus, manchmal etwas vornehmer als vernünftiger Patriotismus bezeichnet, reicht auch hier vom Versprechen, Arbeitsplätze im eigenen Land zu schaffen, über die Aufforderung, für das Wohl des Landes zu konsumieren, bis zur Verteidigung der Nationalsprache und des nationalen Films gegen ausländische Einflüsse. Es gibt Besonderheiten ostasiatischer Selbstbehauptungsdiskurse, die sie von solchen westlicher Gesellschaften unterscheiden. Darin reproduziert sich wiederum ein zweifelhaftes geographisches Schema und die Geschichte des Kolonialismus. Eine solche Besonderheit scheint die Art des Gründungsmythos der Nation zu sein: Gegen eine von den Kolonialmächten enteignete Geschichte werden lange Kontinuitäten herausgestrichen, die weit in die Vorgeschichte des Mythos zurückreichen und sich in jeder neuen Führungsfigur gleichsam erneuern. Demgegenüber betonen „westliche“ Gesellschaften ihre moderne Selbstbegründung in der Abkehr von der Tradition, also durch radikale Einschnitte wie Revolutionen, durch permanente Neugründungen von der Art demokratischer Wahlen, wissenschaftliche Paradigmenwechsel oder wirtschaftliche Modernisierung.

Die europäische Rechte geht soweit zu sagen, daß das Volk sich mit modernen wissenschaftlichen Mitteln als Volk in seiner Differenz von anderen behaupten und weiterentwickeln könnte – wären die Wissenschaften nicht ihrerseits ein universalistisches Kampfmittel gegen die Rechte der Völker. Die Wissenschafts- und Technologieauffassung in Ostasien erweist sich als ambivalent. Es wird die Eigenständigkeit und Überlegenheit des nationalen, des asiatischen Zugangs zur Natur beschworen. Eine solche Deutung überlagert sich mit der Ost-West-Dichotomie, um dem Westen zurückzuspiegeln, daß Rationalismus und Universalismus tatsächlich nur eine okzidentale Besonderheit darstellen und jeder Anspruch, sie sollten heute noch allgemeiner gelten, als neokolonialistische Usurpation zurückgewiesen wird. So universalismuskritisch das zunächst erscheint, legt der Subtext eher nahe, daß die nationale Wissenschaftstradition der des Westens überlegen ist. Die Zweideutigkeit liegt darin, daß mit der Wiederentdeckung einer verschütteten Wissenschaftskultur nicht nur die Erwartung verbunden wird, eigenständig zur internationalen Forschung beizutragen und daraus ökonomische Vorteile zu ziehen, sondern auch eine Art alternativen Universalismus zu entwickeln, der von der Überlegenheit in einem missionarischen Sinn überzeugt ist. Will man von der Geschichtsschreibung wissen, wie Wissenschafts- und Technikentwicklung „wirklich“ war, gelangt man in einem Fall von etwas scheinbar so objektivem wie der Wissenschafts- und Technikentwicklung schnell zur Einsicht, daß die Projekte der Geschichtsschreibung selbst wiederum von der Logik einer zumeist national gebundenen Selbstbehauptung erfaßt sind. Offensichtlich wird das, wenn die Wissenschaftsgeschichtsschreibung Teil direkt staatlich gelenkter nationaler Kampagnen sind, wie das in China der Fall ist – aber der Universalismus als spontane Wissenschaftsideologie der „westlichen“ Wissenschaftler verhält sich dazu oft genug wie ein Spiegelbild. Während der „Osten“ der Vereinheitlichungszumutung, die in dieser geographischen Bezeichnung liegt, nicht oder nur schwach entspricht, obwohl es doch übergreifende Muster der Selbstbehauptung gibt, verhält es sich für den Westen anders. Der Nationalismus hat hier historisch nicht nur seinen Ausgang, sondern die Länder Europas auch in immer neue Kriege gestürzt. Dennoch hat die geographische Selbstidentifikation als „Westen“ auch eine vereinheitlichende Funktion. Identität wird mit dem Anspruch auf Zivilisation und Kultur, Menschlichkeit und Menschenrechte, Demokratie und Aufklärung verbunden. Es ist beunruhigend zu sehen, wie die kolonialistische Tradition Europas sich auch heute noch reproduziert. Dies gilt auch für die USA, die sich in einem antikolonialen Befreiungskampf konstituiert haben – und doch dieser Tradition des „alten Europas“ weiterhin verpflichtet sind. Wollte der Westen einstmals die Zivilisation und den

christlichen Gott bringen, so verspricht er heute, daß seine Gewalt keine Gewalt sei, sondern wirtschaftliche, rechtliche und politische Freiheit bringe. Die zivilisatorische Mission des Westens nimmt ungebrochen eine anmaßende Gerechtigkeit in Anspruch, die Menschenopfer solange nicht scheut, wie sie sich außerhalb des Westens ereignen. Bemerkenswert sind auch immer wieder die in den Medien geführten Diskussionen darüber, daß einzelne Länder wie China oder Ländergruppen wie die islamisch-arabischen Länder aufgrund ihrer kulturell-religiösen Tradition nicht demokratiefähig seien – im Fall von China wird dies eher verständnisvoll, im Fall der islamischen Länder eher mit Hinweis auf fundamentalistischen Terror geäußert. Der „Westen“ wird so zu einem Signifikanten, der Einheit stiften kann. So entstand innerhalb des „Westens“ in den vergangenen Jahrzehnten selbst ein neuer Typ von Nationalismus, nämlich einer der nicht auf Überlegenheit über andere westliche Staaten spekuliert, und nicht auf die aggressive, also militärische Durchsetzung von Zielen gegenüber Nachbarnationen angewiesen ist. Nationalismus hat hier eher die Funktion, nach innen ein Bündnis zu organisieren zwischen denjenigen sozialen Kräften, die mit einer wirtschaftspolitischen Orientierung an Globalisierung den Staat in Richtung eines Wettbewerbsstaats umbauen, und den sozialen Kräften, die wohlstandschauvinistisch die sozialstaatlichen Arrangements und die damit verbundene Verteilung staatsbürgerlicher Rechte zum Nachteil von Arbeitsmigranten, Flüchtlingen und Illegalen verteidigen. Der hohe Anteil dieser Zugewanderten bringt in den meisten der OECD-Staaten erhebliche materielle und symbolische Vorteile für die einheimische Bevölkerung mit sich: sehr billige und entrechtete Arbeitskräfte für die untersten, wenig qualifizierten Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten.

Empirisch zu beobachten sind in den vergangenen Jahren nationale Selbstbehauptungsdiskurse, die nationalistische und xenophobe Aspekte umfassen. Dies ist ein Vorgang, der viele Sozialwissenschaftler immer wieder – und zu Recht – irritiert hat, weil gleichzeitig ein Prozeß umfassender Globalisierung beobachtet wurde. Offensichtlich hat die Globalisierung nationalistischer Selbstbehauptung neue Impulse gegeben. Zu fragen ist aber angesichts der angedeuteten Revitalisierung des Gegensatzes von Okzident und Orient, ob die Globalisierung nicht auch die Herausbildung neuer oder wiederbelebter Identitäts- und Selbstbehauptungsmuster suprastaatlich-regionaler Art begünstigt.

Globalisierung verändert den Charakter dessen, was als Region und regionale Identität bestimmt werden kann, verändert mithin das Selbst der Selbstbehauptung. Soziale Räume werden auf jeder Skalenebene neu artikuliert und auf eine neue Weise in die Weltgesellschaft eingegliedert. Von besonderer Bedeutung ist, daß die die Weltwirtschaft bestimmenden

kapitalistischen Wirtschaftsprozesse nicht mehr allein in Europa und Nordamerika, also im „Westen“ stattfinden, sondern – gegen die von sozialwissenschaftlichen Theorien genährte Erwartung – sich nun auch die ostasiatische Region zu einem mächtigen Wirtschaftsakteur entwickelt hat. Ich will mich dieser Frage nach der regionalen Identität nähern, indem ich zunächst einmal die tiefgreifenden Veränderungen skizziere, die den Regionen gegenwärtig einen neuen Status geben. Regionen waren in den vergangenen Jahrzehnten eher dann Gegenstand der Aufmerksamkeit, wenn sich regionale Bewegungen bildeten, die das Ziel der Autonomie von der Zentralregierung verfolgten oder sogar Eigenstaatlichkeit beanspruchten. Dies ist der Fall in Nordirland oder im Baskenland, in den kurdischen Gebieten der Türkei und des Irak, in Sri Lanka oder im Sudan. Erfolgreich waren in einem solchen Konflikt nach langen und blutigen Auseinandersetzungen die Osttimoresen. In diesen Fällen geht es eher noch um den klassischen Konflikt, der analog zur Bildung des Nationalstaats zu sehen ist. Demgegenüber werden im Zuge der Globalisierung die Grenzen der Regionen neu gezogen und die Zugehörigkeiten neu bestimmt.

2.

Globalisierung ist eine zu einfache Bezeichnung für die jüngsten Entwicklungen der Weltgesellschaft – zu einfach dann, wenn angenommen wird, daß es zu einer weltweiten Vergesellschaftung erst in jüngster Zeit kommt, zu einfach auch dann, wenn angenommen wird, Globalisierung meine im Wortsinn eine gleichförmige wirtschaftliche, kommunikative, verkehrstechnische Vernetzung aller Gesellschaften und vielleicht sogar den Schritt hin zur weltbürgerlichen Gesellschaft.

Tatsächlich lassen sich allgemeine Tendenzen beobachten, die auf eine stärkere weltgesellschaftliche Verflechtung hinweisen. So hat sich der Welthandel erheblich vergrößert. Der Handel mit Waren stieg von 3.500 Mrd. US-Dollar im Jahr 1990 auf 5.225 Mrd. US-Dollar 1995, im selben Zeitraum stieg der Wert der Dienstleistungen von 800 Mrd. auf 1.290 Mrd. US-Dollar. Die ausländischen Direktinvestitionen sind von 160 Mrd. US-Dollar zu Beginn der 1990er Jahre auf 400 Mrd. US-Dollar im Jahr 1997 angestiegen. Der Anteil internationaler Bankkredite an der Weltproduktion stieg von 1 Prozent im Jahr 1961 auf 16 Prozent 1991.

Trotz einer deutlich dichter werdenden wirtschaftlichen, technischen, kulturellen und politischen Vernetzung der Weltgesellschaft bleibt Globalisierung in gewisser Weise eine Illusion, die ökonomische und politische Eliten erzeugen. Sie ist verbunden mit einer neoliberalen Projektion

des absolut gewordenen Freihandels. Staatliche Grenzen werden nur als eine Form von legalisierter Raubritterei betrachtet. Die freie Bewegung der Faktoren Kapital, Waren, Arbeit, die Veränderungen der Konsumentennachfrage, all das hätte die Bedeutung der Staaten als geschlossene Einheiten der Wirtschaft ausgehöhlt: also nationales Interesse, Subventionen, Territorium, Ressourcen, Arbeitsplätze. Von der Offenheit der verschiedenen Märkte wird ganz in der neoklassischen Tradition eine Dynamik der komparativen Spezialisierung einzelner Länder oder eher noch Wachstumsregionen erwartet, die ihre jeweiligen Besonderheiten im internationalen wirtschaftlichen und politischen Prozeß entfalten, sie als Wettbewerbsvorteil zur Geltung bringen und damit zur partikularen wie allgemeinen Wohlfahrt beitragen.

Von globalen Beobachtungsinstitutionen wie von kritischen Sozialwissenschaftlern wird allerdings seit längerem auch festgestellt, daß die Weltgesellschaft sich keineswegs im Wortsinn globalisiert. Globalisierung ist die Charakterisierung eines neuen Stadiums der Weltgesellschaft und weist auf das besondere Vermögen von transnationalem Finanz- und Industriekapital hin, sich die Standorte nach Gesichtspunkten der Gewinnmaximierung frei zu wählen. Dies wird von Neoliberalen durchaus gesehen. Auch sie, die von der grenzenlosen Weltwirtschaft träumen, beobachten, daß sich neue regionale Einheiten bilden, in denen sich Wachstum konzentriert: das oberrheinische Gebiet in Deutschland, Pusan in Korea, Tōkyō, Ōsaka und Fukuoka in Japan, Hongkong und Südchina. Solche Regionalstaaten liegen quer zur Unterscheidung von Nationalstaaten: Es kann sich um Stadtstaaten handeln wie Singapur oder um grenzübergreifende Wachstumszonen oder besonders innovative Hightech-Zentren wie die Bay-Area in Kalifornien. Für die Nationalstaaten, aber auch für die substaatlichen Regionen und Städte hat dies zur Folge, daß sie Angebotsmuster entwickeln müssen, die sie aus dem Blickwinkel ökonomischer Anlagen ökonomisch attraktiv erscheinen lassen. Die Globalisierung ist also ein sehr einseitiger und inhomogener Prozeß, einseitig, weil er nur einigen wenigen Interessierten nutzt, inhomogen, weil er einige Regionen privilegiert und andere zunehmend verarmen läßt.

Die Globalisierung privilegiert die OECD-Staaten. Der größte Teil der weltwirtschaftlichen Transaktionen findet hier statt. Sie verzeichnen einen wachsenden Anteil an der Weltproduktion, 1994 betrug er 67 Prozent, knapp die Hälfte davon fiel auf die drei Länder: USA (11,9 Prozent), Deutschland (9,9 Prozent), Japan (9,2 Prozent). Die ausländischen Direktinvestitionen gehen zu etwa zwei Drittel in die führenden Industrieländer und führen zu einer bemerkenswerten Verschränkung und Vernetzung der ökonomischen Interessen und Strategien.

Doch auch die OECD-Welt ist keineswegs als homogene Einheit zu begreifen. Die Wirtschaftsprozesse Export, Import, Direktinvestitionen konzentrieren sich mit hohen Anteilen jeweils in suprastaatlichen Regionen, also in Nordamerika, Europa und in Ostasien. Der Außenhandel ist in einem beachtlichen Ausmaß regional strukturiert. Intra-regionale Exporte spielen im Welthandel eine zunehmende Rolle und sind zwischen 1985 und 1995 von 46 auf 52 Prozent angestiegen. Der Anteil der intraregionalen Exporte betrug 1997 in Europa etwa zwei Drittel am gesamten Exportvolumen, in Asien etwa 45 Prozent, in Nordamerika 35 Prozent, in Lateinamerika ist er während der neunziger Jahre auf etwa 20 Prozent gewachsen. Betrachtet man die Struktur der Exporte, wird ein weiteres Gefälle auffällig. In Westeuropa und Asien sind es vor allem verarbeitete Waren, die zu etwa zwei Dritteln den Export prägen. Der Anteil von Halb- und Fertigprodukten liegt höher als in Nordamerika, während er bei Dienstleistungen um mehrere Prozentpunkte darunter liegt (Westeuropa 21 Prozent, Asien 17,8 Prozent und Nordamerika 22,4 Prozent 1997). Der Anteil der verarbeiteten Waren an den afrikanischen Exporten beträgt 22 Prozent, es überwiegt hier wie im Mittleren Osten deutlich der Export von Bergbauprodukten. In Lateinamerika und Afrika sind auch die Anteile für Agrargüter hoch. Der Export von Bergbauprodukten ist im vergangenen Jahrzehnt stark rückläufig, und zudem läßt sich für alle Rohstoffbereiche ein Preisverfall beobachten. Davon sind mithin insbesondere Afrika, Lateinamerika, die Transformationsländer und der Mittlere Osten betroffen. Es wird also eine Asymmetrie deutlich, wonach die USA gerade im strategisch wichtigen Bereich der produktionsbezogenen Dienstleistungen eine führende Rolle spielt. Angesichts der verstärkten Reorganisation der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die zunehmend informations- und wissensbasierte Produkte zum Gegenstand der Wertschöpfung macht, fallen insbesondere Regionen Afrikas und Lateinamerikas in ihrem industriellen Entwicklungsniveau deutlich zurück. Doch werden sie aus dem Weltmarkt nicht einfach ausgegliedert. Vielfach resultiert die (relative) Rückentwicklung aus einer starken Ausbeutung dieser Länder. So verhindert der Agrarprotektionismus Japans, der EU und der USA die Einfuhr von Agrarprodukten aus südlichen Ländern, während umgekehrt Subventionen die billige Ausfuhr der Überschüsse dorthin ermöglicht und viele der Bauern in den Ländern des Südens ruiniert. Natürliche Ressourcen werden ausgeplündert – dazu gehören nicht nur fossile Energieträger und mineralische Rohstoffe, sondern neuerdings genetische Ressourcen oder menschliche Organe. Die Länder werden gezwungen, unter selbst extrem ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen hohe Kreditschulden zu begleichen, wollen sie nicht die weitere Unterstützung durch die internationalen Finanzinstitutionen

verlieren. Globale Unternehmen können von den Regierungen dieser Länder zahlreiche Formen der Vergünstigung und der Subvention für Industrieansiedlung erpressen.

Aufgrund der Wirtschaftsstruktur der Regionen kommt es zu ganz deutlichen Diskrepanzen hinsichtlich der regionalen Vermögensverteilung. So ist hinsichtlich der Verfügung über menschliche Ressourcen, Sachvermögen und Naturvermögen nach Schätzung der Weltbank Nordamerika mit Abstand die Region mit dem größten Pro-Kopf-Vermögen, das sich auf durchschnittlich 325.000 US-Dollar beläuft, Südamerika kommt auf einen Durchschnittswert von 94.000 US-Dollar, Ostasien auf 1.000 US-Dollar, große Teile Afrikas auf etwa 25.000 US-Dollar und schließlich Südasien auf 21.000 US-Dollar.

Doch es wäre wohl falsch, solche Daten so zu deuten, als seien die Regionen in sich homogen. Es gibt in den verarmenden Ländern eine enorme Polarisierung der Vermögensentwicklung. In den führenden kapitalistischen Gesellschaften kommt es zur Bildung von Wachstumsregionen und sogenannten global cities. Auf sie konzentrieren sich die ökonomischen Prozesse und eine beschleunigte Wachstumsdynamik, hier verdichten sich die technologischen Ressourcen und finden sich in besonderem Maße Wissenskompetenz sowie technische und Verkehrsinfrastruktur konzentriert. Es handelt sich um solche Regionen wie New York, Los Angeles, London, Zürich, die Regionen Tōkyō oder Ōsaka, Südchina, die Region Ruhrgebiet, Rhein-Main oder die sogenannte Wachstumsbanane, die sich vom oberrheinischen Gebiet über Frankreich bis nach Norditalien zieht. In solchen regionalen Wachstumszonen verdichten sich Produktion, produktionsnahe Dienstleistungen, Verkehr, die Zahl der Telefon- und Computeranschlüsse, Kreditinstitutionen und Finanztransaktionen. Während in den USA 1994 60 Telefonanschlüsse, 79 Fernsehapparate und 30 PC auf je 100 Einwohner kamen, in Japan die vergleichbaren Zahlen 48 Telefonanschlüsse, 64 Fernsehapparate und 12 PC sind, gibt es auf den Philippinen 1 Telefon, 12 TV-Geräte und einen halben Computer auf 100 Einwohner. Doch es werden nicht nur überkommene Zentrum-Peripherie-Gegensätze zwischen den transnationalen Regionen vertieft, sondern auch innerhalb der großen Wirtschaftsregionen kommt es zur Bildung von neuartigen Zentrum-Peripherie-Verhältnissen. So hat, um ein Beispiel von Saskia Sassen zu erwähnen, New York City die höchste Konzentration an Gebäuden überhaupt, die an das Glasfaserkabelnetz angeschlossen sind, allerdings stehen sie hauptsächlich im Zentrum, nicht in den schwarzen Ghettos.

Es kommt zu bemerkenswerten Auswirkungen dieser weltwirtschaftlichen Regionalisierung auf die Lebensmöglichkeiten der Menschen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf betrug 1998 (in US-Dollar Kaufkraftpari-

tät) in Westeuropa und Nordamerika 25.480, in Lateinamerika 3.860, in Mittel-/Osteuropa und Mittelasien 2.200, Ostasien und Pazifik 990, in Afrika südlich der Sahara 510. Ein Vergleich auf der Grundlage einer Reihe von Indikatoren wie Pro-Kopf-BSP, Einschulungsrate, Kindersterblichkeit und Zugang zu sauberem Trinkwasser zeigt, daß in dem Fünftel der Länder mit dem niedrigsten Entwicklungsniveau 53 Prozent aller Menschen unter der Armutsgrenze leben (die einem US-Dollar pro Tag in Kaufparität entspricht), während im oberen Fünftel der Länder nur 1 Prozent unter der Armutsgrenze lebt. Obwohl in diesen hochaggregierten Zahlen sehr unterschiedlich entwickelte Länder zusammengefaßt sind, so lassen sie doch eine enorme Polarisierung erkennen. In vielen Ländern des Südens kommt es durch ökologische Degradation, Arbeitslosigkeit, Armut, Konflikte um Rohstoffe und Bürgerkriege, Zerstörung landwirtschaftlicher Anbaugewohnheiten und Epidemien zu umfangreichen Flucht- und Migrationsprozessen. Die Flüchtlingsorganisation der UN vermutet, daß 1997 etwa 50 Mio. Menschen auf der Flucht waren; 2001, so wurde geschätzt, waren es allein aus ökologischen Gründen etwa 25 Mio. Menschen. Obwohl der große Teil der Wanderung sich in den Ländern des Südens und in den Transformationsländern abspielt (auch die Arbeitsmigration, die von Moldawien in die Türkei oder von Pakistan nach Saudi-Arabien gerichtet ist, muß hier mit bedacht werden), kommt es auch zu einer umfangreichen Migration in die Länder des Nordens. Interessanterweise läßt sich auch eine Wanderung in den Ländern des Nordens selbst feststellen. Geschätzt wird, daß 2002 aus Deutschland etwa 170.000 Personen abwanderten, mehr also als zuwanderten; ohne daß die Kenntnisse darüber sehr fundiert sind, scheint es, daß die Abwanderung häufig mit den sich verschlechternden Perspektiven zusammenhängt, die die einzelnen für sich sehen. Ein großer Teil der Zuwanderung aus dem Süden ist im Norden – also den USA, der EU und Japan – nicht erwünscht. Doch läßt sich eine Transformation des Grenzregimes und eine selektive Nutzung dieser Migration erkennen. Es handelt sich um drei Kategorien von Arbeitskräften, die aus den Gesellschaften des Südens gewonnen werden. Zunächst handelt es sich um hochqualifizierte, häufig akademisch vorgebildete Arbeitskräfte, die in der New Economy tätig sein können. Geschätzt wird, daß allein in die USA etwa eine halbe Million Menschen dieser Kategorie kommt. Sie wurden in ihren Ländern ausgebildet, die Ausbildung ihres Arbeitsvermögens kostet also die entwickelten Länder nichts. Mit ihren Kompetenzen können sie Strukturschwächen im Verhältnis von Arbeitsmarkt und Bildungssystem oder den demographischen Trend der Überalterung kompensieren. Eine zweite Kategorie sind diejenigen, die gezielt als unqualifizierte und anzulernende Arbeitskräfte rekrutiert werden. Auch hier zielt ein sich ver-

schärfendes Grenzregime darauf, den Zugang zum Arbeitsmarkt wieder stärker regulieren zu können, als dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war, in denen viele der Migranten zu faktischen Einwanderern wurden. Schließlich handelt es sich um eine dritte Kategorie von illegalen Arbeitskräften. Gemeinsam mit der zweiten Gruppe können sie einen erheblichen Druck auf das Lohngefüge ausüben. Ihre Arbeitskraft ist notwendig, weil sie sich in eine veränderte Arbeitsteilung einfügt. Denn mit der Herausbildung eines großen Dienstleistungssektors mit Hochqualifizierten bedarf es wiederum auch der Dienstleistungen auf niedrigem Niveau: Küchen- und Reinigungspersonal, personenbezogene Dienstleistungen.

Die Globalisierung führt also keineswegs zu einer einheitlichen, globalisierten Lebensform; selbst wenn sie in mancher Hinsicht gleichartige Lebensgewohnheiten weltweit, wenn auch in unterschiedlich dichter Form durchsetzt, so kommt es doch gleichzeitig auch zu neuen Spaltungslinien ökonomischer, politischer und kultureller Natur. Da kulturelle Identitäten ökonomischen und politischen Prozessen nachfolgen, liegt die Konsequenz nahe, daß es nicht zu einer aufgeklärt-weltoffenen und universalistischen Haltung in der Weltbevölkerung kommt. Vielmehr legt die Regionalisierung und sich verschärfende Polarisierung der Weltwirtschaft nahe, daß es auch zu rekonfigurierten und schärfer konturierten Identitäten auf allen Ebenen kommt: lokal, regional, staatlich, supra-staatlich-regional. Diese Identitäten sind das Ergebnis einer zwanghaften Selbstbehauptung, die auf die Erwartung zurückgeht, daß mit der weltweit ausgetragenen Konkurrenz viel auf dem Spiel steht.

Die Tendenzen sind keineswegs eindeutig. Bleiben wir zunächst noch bei den wirtschaftlichen Gesichtspunkten, so ist ja ein Merkmal der Globalisierung auch, daß es zu einer enormen Verschränkung und Vernetzung der Unternehmen und insbesondere der führenden Industriestaaten oberhalb der regionalen Wirtschaftsböcke kommt. Die Zahl der strategischen Allianzen von transnationalen Unternehmen nimmt zu und geht in die Tausende. Es ist auch deutlich, daß die Direktinvestitionen, die die ökonomische Struktur der Regionen bestimmen, diese eng vernetzen. So beträgt schon zu Beginn der 1990er Jahre der Anteil der EU am Gesamtvolumen der Direktinvestitionen, die aus den USA ins Ausland gehen, 44 Prozent, umgekehrt gehen nur 21 Prozent der Direktinvestitionen der EU in die USA, 60 Prozent werden in EU-Staaten investiert. Japan orientiert sich deutlich hin zu den USA und investiert dort 46 Prozent, 13 Prozent in asiatischen Staaten und 23 Prozent in der EU-Region. Diese Verschränkungen haben auch in einer zunehmenden Zahl von intergouvernementalen Gremien und Regimen ihre Entsprechung, den G-7 oder G-8, der WTO, der Weltbank, der OECD. Es ist deswegen nicht abwegig,

von der Herausbildung einer neuen ökonomisch-politischen Struktur oberhalb von Staaten oder Regionen zu sprechen. Der Staat transnationalisiert sich. Mit Negri und Hardt könnte man sie als Empire bezeichnen, andere sprechen in diesem Zusammenhang von Mechanismen der global governance oder auch von einer Transnationalisierung des Staates. Es handelt sich um eine Art Netzwerkstaat, der zahlreiche lokale, regionale, nationalstaatliche und internationale Willensbildungs- und Entscheidungsgremien umfaßt. Die Geometrie der Entscheidungsprozeduren ist variabel und kann zahlreiche Instanzen umfassen, die nicht hierarchisch, sondern heterarchisch gegliedert sind, abhängig davon, was von der Politikmaterie und vom Entscheidungsprozeß selbst verlangt wird. In dieser neuen politischen Formation haben die USA eine eindeutige Vormachtstellung. Diese ergibt sich aus ihrer ökonomischen Stärke, die ihr trotz abnehmender Werte hinsichtlich Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf immer noch einen Vorsprung vor anderen Regionen gibt. Auch der Umfang an Vermögenswerten im Ausland ist 1998 in den USA mehr als dreimal so hoch wie in Deutschland, zweimal so groß wie in Japan. Ihre Dominanz in der neuen politischen Formation wird militärisch und rüstungstechnologisch gestützt. Strittig ist nach den Erfahrungen des Irak-Krieges des Jahres 2003, wie jene Vormachtstellung der USA zu interpretieren ist. Die These von Hardt und Negri besagt, daß die USA als integraler Bestandteil des Netzwerkstaats operieren und eher innerhalb der global governance dazu aufgefordert werden, Polizeifunktion zu übernehmen. Bis zur Regierung Bush konnte man annehmen, daß die Vormachtstellung der USA nicht als imperialistische Übermächtigung anderer und abhängiger Industriestaaten zu interpretieren sei, sondern sich eher darauf gründete, daß sie in einem Netz von globalisierten Beziehungen der Kapitalien und politischen Kräfte jeweils wieder eine gewisse Vormachtstellung gewinnt, weil sich diese gleichsam durch die USA hindurch reproduzieren. Eine solche Überlegung ist nach den Erfahrungen mit dem Krieg gegen den Terrorismus und dem Irak-Krieg so nicht aufrechtzuerhalten. Denn die USA waren hier die treibende Kraft, ihre Politik ist unilateral ausgerichtet; und obwohl die Kriegsziele ständig verändert wurden, zeichnet sich ein Muster ab, das konservative Berater wie Zbigniew Brzezinski und Samuel Huntington schon seit längerem vorgezeichnet haben: Es geht darum, die gesamte Region von Zentralasien bis in den Nahen Osten, also die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, Afghanistan, Irak, Iran, Syrien und Saudi Arabien, zu reorganisieren. Berücksichtigt man die Entwicklungen in den entsprechenden Ländern nach den Kriegen, also die Situation in Kosovo, Afghanistan, Irak, dann entstehen hier neuartige staatliche Gebilde, Protektorate mit einer Art internationalisierter Kolonialverwaltung – häufig geleitet von

einer politischen Elite, die ihre Karriere neu geschaffenen politischen Rekrutierungsmustern in intergouvernementalen Organisationen des transstaatlichen Netzwerks verdanken. Vielfach werden Staatsfunktionen auch an Nichtregierungsorganisationen abgetreten: humanitäre Hilfe, Wiederaufbau, Bildung, psychologische und medizinische Therapie. Im Fall des Irak entwickeln sich die Dinge aber komplizierter, weil offensichtlich die USA zunächst grundlegende wirtschaftspolitische und politische Entscheidungen treffen will, bevor die UNO, das heißt andere starke Wirtschaftsnationen, in den Entscheidungsprozeß einbezogen wird.

Neben wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen wird ein enger Zusammenhang der OECD-Staaten auch kulturell hergestellt. Dies geschieht nicht allein durch Coca Cola, McDonald oder Pokemon – durch die es zu einer Abwertung der lokalen Popularkultur kommt –, sondern meint auch die Kenntnis der italienischen Küche, der französischen Weine, die Verbreitung von Sushi. Der kulturelle Prozeß ist vielseitig und umfaßt Film, Musik, Werbung, Kleidung, Wohnungseinrichtung, Kosmetik. Er wird von transnationalen Konzernen beherrscht, die in den USA, Japan und Deutschland angesiedelt sind – so werden 75 Prozent des Weltmarkts vom amerikanischen Film und Fernsehen abgedeckt. Sie verkaufen eine internationalisierte Kultur und schaffen damit eine gemeinsame Erfahrung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Bereich der Ernährung, der Restauranteinrichtungen, des Einkaufsverhaltens oder der Fernsehserien. Die Elemente aus verschiedenen kulturellen Traditionen werden also auf neue Weise zu einer umfassenden globalisierten Kultur zusammengeführt. In diesem Prozeß haben die USA eine deutliche Dominanz, die allein durch die Herkunft der Konzerne nicht angemessen zum Ausdruck gebracht wird. Sony oder Bertelsmann müssen, um erfolgreich transnational operieren können, auf dem amerikanischen Markt präsent sein und selbst amerikanisierte Produkte vertreiben. Bildmaterial, Inhalt von Filmen und Songs, Organisationsform (Dramaturgie, Länge der Musik, Instrumentierung etc.) legen nahe, daß es sich bei dem weltweit vertriebenen Angebot zum großen Teil um Kultur der amerikanischen Mittelklasse, um deren Lebensform und Probleme handelt, deren Ästhetik die Wahrnehmung, die Lebensform, die Erfahrung, das Begehren und die Diskussion vieler Menschen prägt.

3.

In diesem Prozeß der Globalisierung kommt es zu einem Funktionswechsel von traditionellen regionalen, nationalen Orientierungen und Selbst-

behauptungsdiskursen. Auch konservative Eliten, die disponiert wären, auf eine nationalistische Option zurückzugreifen, können dies nicht umstandslos tun, sondern müssen sie in neue strategische Überlegungen und Allianzen einbeziehen. Die teilweise fundamentalistischen Unilateralisten in den USA müssen unversehens international orientierte Bündnisse schaffen – allerdings ist diese Tendenz keineswegs eindeutig, wenn man die etwas artifizielle Zusammensetzung der Koalition der Willigen (USA, Großbritannien, Spanien, Bulgarien, Polen etc.) vor Augen hat, die gegen den Irak Krieg geführt hat. In Deutschland, um ein anderes Beispiel zu nehmen, wird darauf hingewiesen, daß es nicht länger einen Sonderweg für Deutschland geben dürfe. Deswegen sei es dringend erforderlich, sich auf die eigene Nation zu besinnen und auf sie stolz zu sein – so wie das auch in anderen europäischen Ländern der Fall sei. Dies verbindet sich aber mit einer deutlichen Bindung an die Europäische Union. Der Charakter des Nationalen ändert sich. Für global operierende Unternehmen ist der Nationalstaat kein notwendiger Ausgangspunkt mehr, sondern eher eine Ressource, die sie strategisch nutzen. Deswegen können sie Nationalstaaten gegeneinander ausspielen. Aus der Perspektive der Nationalstaaten wiederum geht es darum, den weltmarktführenden Unternehmen günstige Angebote zu machen, damit sie bleiben. Denn davon hängen Arbeitsplätze, zukünftige Technologieentwicklung und Infrastruktur ab. Da die Unternehmen zumeist in Cluster eingebunden sind, zu denen eine Vielzahl weiterer Unternehmen und Hochschulen gehören, bedeutete ihre Abwanderung auch für letztere eine erhebliche Gefahr: Wissenschaftliches, technologisches Know-how würde ebenso verlorengehen wie Geschäftsbeziehungen. Auch wenn die Unternehmen vielfach nur noch wenig Steuern zahlen, würden sich die staatlichen Einnahmen dort verringern, wo sie von den Beschäftigten direkt oder indirekt entrichtet werden. Die privaten sowie die öffentlichen Versicherungssysteme stünden vor erheblichen Problemen. Im weiteren wäre mit politischen Krisentendenzen zu rechnen. Die Politik der Nationalstaaten geht deswegen in eine Politik nationaler Wettbewerbsfähigkeit über. Dies bedeutet, daß Subventionen und Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr gleichförmig oder nach einer eindeutigen Zentrum-Peripherie-Unterscheidung verteilt werden. Das Territorium wird nicht mehr als eine homogene Fläche betrachtet. Vielmehr werden einzelne Regionen unter dem Gesichtspunkt ihrer jeweiligen Innovationspotentiale und ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit gefördert, während andere Regionen sich selbst überlassen werden. Der Nationalstaat hat in diesem Sinn eine veränderte Funktion, da er Ressourcen der gesamten Gesellschaft poolt, sie aber völlig neu und gezielt für die Förderung des internationalen Wettbewerbsprofils einzelner Regionen, Branchen und Technologiepfade

einsetzt. Die Rhetorik der nationalen Selbstbehauptung gehört – jedenfalls legt dies die Entwicklung in Europa nahe – vielfach in den Kontext dieser Reorganisation. Denn um eine Zustimmung von allen zu erhalten, Opfer zugunsten weniger Gruppen und Regionen zu bringen, bedarf es einer starken Mobilisierung – und diese besteht im Konsens, daß die Wirtschaftsstärke des Landes und seine Wettbewerbsfähigkeit zu sichern sei. Die Besinnung auf die nationale Gemeinsamkeit soll die Kräfte schaffen, die nötig sind, den neuen Anforderungen zu entsprechen. Dies geschieht, indem neue Formen eines regionalen und städtischen Selbstbehauptungsdiskurses gezielt angestoßen werden. Städte und Regionen sollen um öffentliche Förderung, um die Ansiedlung von innovativen, weltmarktfähigen Unternehmen konkurrieren. Sie prüfen dafür ihre Angebotsstruktur: Kultur, Konsum, Schulen, Wohnung, technische und Verkehrsinfrastruktur, Logistik, Kompetenzen der umliegenden Universitäten, unternehmensbezogene Dienstleistungen. Fügen sich diese Faktoren nicht zu einem stimmigen Raumbild, entsprechen sie nicht genau dem Profil der Unternehmen und den Anforderungen ihrer Manager, führt das dazu, daß Unternehmen sich gegen eine Ansiedlung oder für eine Abwanderung entscheiden. Entsprechend werden von der regionalen Politik und Wirtschaft verstärkt die territorialen Grenzen der Region überdacht und auf den neuartigen Bedarf zugeschnitten, die Diskussionen zielen auf neue hochtechnologische Innovationen, neue Mobilitätsmuster und damit verbundene Nutzungsformen der Innenstädte oder der Kultureinrichtungen. Endogene Innovationspotentiale sollen angestoßen oder optimiert werden. Dazu bilden sich governance-Netzwerke von lokalen Wirtschaftsverbänden der Industrie und des Handwerks, der Politik, Parteien und Verwaltung, der Kulturinstitutionen wie Museen und Kinos sowie Hochschulen und Fortbildungseinrichtungen.

Bedeutsam ist in diesem Kontext, daß die einzelnen Wachstumsregionen häufig nicht mit bisherigen staatlichen Grenzen oder Gliederungen zusammenfallen. Es bilden sich zahlreiche Wirtschaftszonen, die den Raum für eine neue wirtschaftliche und technologische Arbeitsteilung schaffen. Im Fall der Europäischen Union wurde ein gemeinsamer Markt geschaffen, der weite Teile Europas zu einer riesigen Binnenwirtschaft mit einer einheitlichen Währung zusammenschließt, die Währungsschwankungen und mithin auch Spekulationen mit ihren verzerrenden Wirkungen hinsichtlich der Preise von Waren als Index für die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit ausschließt. Immer wieder wird mit Blick auf die europäische Integration behauptet, daß sie einen Schutz vor der Globalisierung darstelle. Doch muß betont werden, daß gerade das europäische Einigungsprojekt selbst eine bedeutsame Antriebskraft für die Globalisierung und ein Ausdruck dieses Prozesses darstellt. Denn mit

der Schaffung eines riesigen Binnenmarkts, mit einer europaweiten Forschungs-, Technologie-, Industrie- und Infrastrukturpolitik, mit der Regionalförderung und den Agrarsubventionen wird die Europäische Union zu einem mächtigen globalen Wirtschaftsakteur. Politisch ist die EU immer noch schwach, da es ihr vielfach nicht gelingt, außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen und die Initiative zu ergreifen; vielfach verfolgt sie eine Politik im Schatten der militärisch gestützten Sicherheitspolitik der USA, die ihrerseits auf zweifelhaften Kulturtheorien beruht und häufig eine fundamentalistisch-missionarische Motivlage erkennen läßt. Im Vorfeld des Irak-Kriegs 2003 gab es Anzeichen für eine alternative Konzeption der EU. Was immer die Motive dafür waren, so geriet die geplante gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, noch bevor sie in Gang gekommen ist, in eine Krise, nachdem mehrere der EU-Mitgliedsländer Präsident Bush unterstützt haben. Gerade deswegen ist nicht auszuschließen, daß dieser Konflikt, der durch den Unilateralismus der USA noch angetrieben wird, zur Stärkung eines Kerneuropas führt, das auf die Überwindung der inneren Spaltungen zielt. Teile der europäischen Eliten drängen schon seit längerem darauf, die militär- und rüstungspolitischen Anstrengungen zu verstärken. In diese Richtung argumentieren Politiker oder Publizisten wie Helmut Schmidt, wenn er neben dem Prinzip des gemeinsamen ökonomischen und sozialen Vorteils als ein weiteres strategisches Motiv für die Integration die Notwendigkeit gemeinsamer Selbstbehauptung hinzukommen sieht, da der Europäischen Union die volle Handlungsfähigkeit nach außen gesichert werden müsse. Und das bedeutet auch: gegenüber den USA, wie der langjährige außenpolitische Sprecher der Christdemokraten Karl Lamers betont, der einen Kampf um eine neue Weltordnung beobachtet. Giscard d'Estaing, der Präsident des EU-Konvents, hat in diesem Zusammenhang gefordert, die EU müsse sich als unabhängige politische Einheit im 21. Jahrhundert etablieren. Es gibt also eine deutliche Tendenz, die Region Europäische Union zu einem autonom handelnden politischen Subjekt weiter zu entwickeln, um sich selbst behaupten zu können. Keine Frage, eine solche Entwicklung ist problematisch, da sie Europa als eine sich selbstbehauptende Region in den wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Gegensatz zu anderen Regionen – vor allem zu den USA – bringt.

So wie die Europäische Union eine der treibenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte der Globalisierung ist, spricht einiges dafür, daß sie auch eine der treibenden Kräfte für die Herausbildung einer neuen, suprastaatlichen Regionalidentität ist, die um ihre Selbstbehauptung kämpfen muß. Ob diese Regionalidentität sich auch schon in Bevölkerung ausgebildet findet, ist eine immer noch umstrittene Frage. So wird

behauptet, es fehle an einer europäischen Öffentlichkeit als Instanz der Selbstwahrnehmung Europas als einer Einheit und Themen der europäischen Einheit seien kein Gegenstand der nationalen Politik. Daran ist viel Richtiges. Gleichzeitig lassen sich zahlreiche Initiativen beobachten, die es erlauben, vom Prozeß der Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft zu sprechen: das Europäische Hochschulinstitut, eine Vereinheitlichung der Studienprogramme und -abschlüsse, die Bemühungen um eine methodisch gesicherte einheitliche Perspektive auf die europäische Geschichte, wie sie in mehreren Buchreihen zum Ausdruck kommt, die Studienaustauschprogramme, Zeitschriften, die eine europäische Diskussion anzufachen suchen, die in den vergangenen Jahrzehnten rasant zunehmende regelmäßige Erfahrung des innereuropäischen Auslands durch Tourismus, Städtepartnerschaften, die geschäftlichen Kontakte und der Beamtenaustausch in den europäischen Verwaltungen. Der schon erwähnte Helmut Schmidt forderte eine Moralisierungskampagne, in der geistliche Oberhirten, Schriftsteller und Hochschullehrer es als ihre Aufgabe betrachten sollten, die gemeinsamen sittlichen Grundwerte der Europäer ins öffentliche Bewußtsein zu heben. Das alles – auch der moralische Appell – fördert ein gemeinsames Territorialverständnis des europäischen Raums und ist, wie die neuere Nationalismusforschung gezeigt hat, einer der zentralen Aspekte für die Entstehung eines einheitlichen politischen Gebildes. Tatsächlich zeigen Meinungsumfragen seit längerem, daß vor allem in den älteren EU-Mitgliedsländern die Mehrheit der Befragten sich auf dem Weg zu einer europäischen Identität sehen, die allerdings bei den meisten noch eng mit einer nationalen Identifikation verbunden ist. Dieser Identitätsbildungsprozeß ist deutlich eurozentrisch und geht einher mit einer starken Ablehnung von außereuropäischen Ausländern.

Wenn die Überlegungen zur Dialektik der Selbstbehauptung etwas für sich haben, dann zwingt die globale Dynamik, in der Europa die Regionalbildung als ein Wettbewerbsfaktor schon sehr weit voran getrieben hat, auch andere Staaten zunehmend in regionale Zusammenschlüsse hinein. Es wird beobachtet, daß sich die Zahl der regionalen Zusammenschlüsse in den 1990er Jahren deutlich vermehrt haben. Der größte Teil der intraregionalen Aktivitäten konzentriert sich auf einige große Integrationsabkommen: Neben der Europäischen Union (intraregionaler Export 1997: 61 Prozent) handelt es sich vor allem um die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA (49 Prozent), den südamerikanischen Wirtschaftsraum Mercosur (24 Prozent), die Vereinigung südostasiatischer Staaten ASEAN (24 Prozent) und das Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum APEC (73 Prozent). Offenkundig gibt es auch in Ostasien Bemühungen um ein regionales Programm der Selbstbehauptung. So

gibt es seit der Asienkrise 1997 vor allem im Rahmen der ASEAN-Treffen immer wieder Anstöße zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes, eines regionalen Liquiditätsfonds, einer ostasiatischen Währungsunion und sogar einer East Asian Community. Die Diskussion um asiatische Werte und Versuche, den Neokonfuzianismus als gemeinsamen regionalistischen kulturell-religiösen Bezugspunkt zu konstituieren, weist auf die Bemühung hin, die für die ökonomische Integration notwendigen kulturellen Bedingungen zu schaffen. Solcher Bedingungen und Bemühungen bedarf es, um starke wechselseitige Vorbehalte zu überwinden. Denn gleichzeitig sind die Gesellschaften der Region von ihrer Einzigartigkeit überzeugt. Fortbestehende starke nationale und kulturnationalistische Tendenzen werden verstärkt und geben dem wechselseitigen Mißtrauen – das auch hier durch wirtschaftliche Kooperation, intellektuellen oder sportlichen Austausch, touristische Erfahrung schwächer wird – neue Nahrung. Auch die Bemühungen um eine regionale Integration sind nicht frei von dem Verdacht, daß einzelne Staaten versuchen, eine Vormachtstellung zu erlangen. Der Nationalismus steht hier noch ganz im historischen Bann der Bestrebung, die nationalstaatliche Eigenständigkeit und die Entwicklungsdynamik zu stabilisieren, er wird von den Eliten noch nicht – in einer Art postmodernen Inszenierung – als Ressource verwendet. So erscheint er, anders als in Europa, wo selbst die nationalistische Rechte proeuropäisch oder wenigstens pragmatisch ist, immer noch als ein Hemmnis für die regionale Integration.